

Protokoll**der Stadtratssitzung am 02. März 2023 im Ratssaal des Rathauses
Markneukirchen**

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19:22 Uhr

anwesend:

Herr Meinel, T.	parteilos	
Herr Grimm, R.	FW	
Herr Gumprecht, S.	FW	
Frau Hager, C.	FW	
Herr Kreul, M.	FW	
Herr Meinel, F.	FW	
Herr Worbs, A.	FW	
Frau Wurlitzer, L.	FW	
Herr Jacob, R.	CDU	
Herr Jorschick, H.	CDU	
Herr Luderer, T.	CDU	
Herr Stowasser, M.	CDU	
Herr Uebel, C.	CDU	
Herr Keller, St.	FDP/SPD	
Herr Männel, M.	FDP/SPD	
Herr Fuchs, U.	AfD	
Herr Schlesinger, S.	AfD	ab 18:43 Uhr
Herr Stark, M.	AfD	

entschuldigt:

Herr Voigt, St.	FDP/SPD	entschuldigt (dienstlich)
-----------------	---------	---------------------------

weiter anwesend:

Persigehl, S.	Hauptamt
Geuther, K.	Kämmerei
Silling, F.	Bauverwaltung
Ihde, P.	Liegenschaften
Streit, C.	Protokoll

TAGESORDNUNG:

- öffentlich -

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung sowie Festlegen der Protokollmitunterzeichner**
- TOP 2 Bestätigung des Protokolls der Sitzung des Stadtrates vom 26. Januar 2023**
- TOP 3 Bürgerfragestunde**
- TOP 4 Beschlussvorlage 11/2023**
Kauf einer Fläche an der Adorfer Str. in Markneukirchen
- TOP 5 Beschlussvorlage 12/2023**
Reihengaragen „Mühlgasse“ in Markneukirchen
- TOP 6 Beschlussvorlage 14/2023**
Reihengaragen „Schützenplatz“ in Markneukirchen
- TOP 7 Beschlussvorlage 15/2023**
Vergabe von Bauleistungen nach VOB/A
Technischer Teil Straßenbeleuchtung Leithen 2. BA (Poststraße bis Untere Trobitzchen)
- TOP 8 Beschlussvorlage 16/2023**
Vergabe von Lieferleistungen nach VOL/A
Lieferung und Installation Server Rathaus
- TOP 9 Haushalt 2023 – 2. Lesung und Entscheidung zur öffentlichen Auslegung**
- TOP 10 Informationen/Sonstiges**

- öffentlich -

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung sowie Festlegen der Protokollmitunterzeichner

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt die Stadträte und die anwesende Bürgerschaft und stellt die ordnungsgemäße Ladung, sowie Anwesenheit und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Es erfolgen keine Änderungen, die Tagesordnung wird in vorliegender Form beschlossen.

Beschluss Nr. 15/2023:

Der Stadtrat der Stadt Markneukirchen beschließt die Tagesordnung in vorliegender Form.

Abstimmung zum Beschluss Nr. 15/2023:

ja: 17

nein: 0

Enth.: 0

Festlegen der Mitunterzeichner des Protokolls:

Vorschlag für die Unterzeichnung des Protokolls der Sitzung:

Frau Stadträtin Luise Wurlitzer (Fraktion FW) und Herr Stadtrat Matthias Stark (Fraktion AfD).

TOP 2 Bestätigung des Protokolls der Sitzung des Stadtrates vom 26. Januar 2023

Zum Protokoll der Sitzung vom 26. Januar 2023 gab es seitens der Mitglieder des Stadtrates keine Änderungswünsche, Ergänzungen und Richtigstellungen. Das Protokoll wurde einstimmig bestätigt.

Beschluss Nr. 16/2023:

Der Stadtrat der Stadt Markneukirchen bestätigt das Protokoll der Sitzung des Stadtrates vom 26. Januar 2023.

Abstimmung zum Beschluss Nr. 16/2023:

ja: 17

nein: 0

Enth.: 0

TOP 3 Bürgerfragestunde

Frau S. Kloster, Jugendliche des Ortsteils Erlbach, meldet sich zu Wort und erkundigt sich beim Bürgermeister nach dem aktuellen Stand bzgl. der Zukunft des Jugendraumes im Alten Schloss. Es seien heute viele Jugendliche aus Erlbach anwesend, um zu erfahren, was künftig für die Verwendung des bisherigen Jugendraumes angedacht sei.

Der Bürgermeister antwortet, dass es im Rahmen der Vorbereitung der Sanierung des Alten Schlosses einen Stadtratsbeschluss bzgl. der Nutzung des betreffenden Raumes als Jugendraum gegeben habe. Es gäbe ein Konzept für das Alte Schloss, indem die Nutzung dem Jugendbeirat zugeschrieben worden sei.

Im Laufe der Zeit hätten sich jedoch einige Veränderungen ergeben. Zum einen sei der § 2b UStG zur Anwendung gekommen. Durch diese gesetzliche Regelung könne der Jugendbeirat seine Geschäfte nicht mehr wie bisher über die Konten der Stadt führen. Eine Option des Jugendbeirats wäre eine Vereinsgründung gewesen oder aber der Anschluss an einen bereits bestehenden Verein.

Dies habe der Jugendbeirat unserer Kenntnis nach so erst nicht gewollt, weshalb auch die weitere Nutzung des Raumes durch ihn zunächst unklar gewesen sei.

Gleichzeitig sei der Sachsenforst mit einer Mietanfrage auf uns zugekommen. Der Staatsbetrieb suche für den Forstbezirk Erlbach eine Niederlassungsmöglichkeit und habe großes Interesse an dem bisherigen Jugendraum. Es habe im Anschluss auch ein Besichtigungstermin im Alten Schloss stattgefunden. Durch die Vermietung an den Staatsbetrieb Sachsenforst hätte man über lange Zeit jährliche Mieteinnahmen i. H. v. ca. 6.000€ sicher, was für die Stadtverwaltung in Anbetracht der derzeitigen Haushaltslage und der Sanierung des Alten Schlosses als Millionenprojekt, durchaus von Bedeutung wäre.

Bevor das Gremium aber über die eventuelle Nutzungsänderung entscheiden könne, habe man von der Fördermittelstelle, dem Landratsamt Vogtlandkreis, die Stellungnahme über die Förderunschädlichkeit der Änderung abwarten müssen.

Diese Stellungnahme sei nun aber da. Der Bürgermeister zitiert: „(...) Die Bewilligungsbehörde hat die Nutzungsänderung hinsichtlich der inhaltlichen Passfähigkeit zum Aufruf, der Beihilferelevanz sowie hinsichtlich einer möglichen Änderung der Vorsteuerabzugsberechtigung geprüft und kommt zu dem Ergebnis, dass die Nutzungsänderung förderunschädlich ist. Die geänderte Nutzung widerspricht dem bewilligten Verwendungszweck nicht. Die Gemeinschaftseinrichtung „Altes Schloss“ in Erlbach wird sogar um ein Angebot erweitert (Staatsbetrieb als öffentliche Einrichtung in das Gebäude integriert). Aus diesem Grund ist kein Änderungsbescheid und ebenfalls keine Rückforderung von Fördermitteln notwendig.“

Die Vermietung an den Forst werde vom Fördermittelgeber also noch befürwortet und sei keineswegs förderschädlich, fasst der Bürgermeister zusammen.

In der Vorabanfrage bei den Fraktionsvorsitzenden habe sich die Mehrheit für die Vermietung an den Sachsenforst ausgesprochen.

Frau Stadträtin Hager äußert sich zum Thema und informiert, dass der Jugendbeirat nach langem Überlegen nun dem Tourismusverein in Erlbach beigetreten sei. Für den Jugendbeirat sei dies aber Pflicht gewesen und keinesfalls auf freiwilliger Basis entschieden worden. Die „Älteren“ des Jugendbeirats würden den Raum vielleicht nicht mehr so häufig benötigen, dafür aber die nachrückende Generation.

Frau M. Stark bekundet im Namen der so zahlreich erschienenen Jugendlichen nochmals das rege Interesse am Erhalt des Raumes für die Erlbacher Jugend. Wie Frau Stadträtin Hager schon angedeutet habe, stehe ein Generationswechsel an und im Zuge dessen, solle die Gemeinschaft auch bei der jüngeren Generation erhalten bleiben und gleichzeitig etwas Neues geschaffen werden. Hierfür biete der Raum eine gute Möglichkeit und es wäre für die Nachrücker schwieriger, wenn es den Treffpunkt nicht mehr gäbe. Der Bürgermeister könne die Auffassung der Jugendlichen grundsätzlich auch nachvollziehen, erklärt aber auch, dass dem Jugendbeirat dafür auch andere Räumlichkeiten für eventuelle Treffen und für das Planen von Projekten angeboten worden wären. Man habe also nicht vor, den Jugendlichen ersatzlos den Raum zu entziehen.

Es müsse sich trotzdem vor Augen gehalten werden, dass die Vermietung an den Forst für die Stadt eben nicht unwesentliche Einnahmen bringen würde.

Stadtrat Keller fragt nach, wie weit die Verhandlungen mit dem Forst bereits fortgeschritten seien. Der Forst würde sofort unterschreiben, informiert Herr Bürgermeister Meinel.

Stadtrat Jacob findet es löblich, dass die Jugend zur Sitzung heute so zahlreich erschienen sei. Leider sei die finanzielle Lage im Moment und vermutlich auch in Zukunft reichlich angespannt, weshalb die Stadt auf Einnahmen in dieser Höhe unheimlich angewiesen sei.

Er fragt die Verwaltung, ob sich der Gaststättenraum im Schwimmbadgebäude nicht auch für das Büro des Forstes eignen würde.

Herr Silling von der Bauverwaltung führt aus, dass die Renovierung zur Schaffung von Büroräumlichkeiten im Schwimmbadgebäude wieder eine Menge Geld kosten würde. Die Räume seien für den Forst in seiner gewerblichen Tätigkeit nicht optimal nutzbar. Im Erdgeschoss würde dem Forst nur ein „halber“ Raum zur Verfügung stehen, da der Gastraum vor ein paar Jahren getrennt worden sei. Zudem sei die bauliche Trennung der Sanitärbereiche zum Imbiss notwendig. Das Obergeschoss des Objektes sei nicht gedämmt, womit auch dieses für die dauerhafte Nutzung nicht in Frage käme.

Frau Hager wirft ein, dass es 2012 eine Umfrage zum Thema „Jugend im demografischen Wandel“ gegeben habe. Die Jugendlichen seien in dem Rahmen befragt worden, ob sie ihre Zukunft perspektivisch eher in ihrem Heimatort sehen oder lieber wegziehen würden. Ein verschwindend geringer Teil der Erlbacher Jugendlichen habe sich das Verlassen der Heimat vorstellen können, wohingegen die Jugendlichen von Markneukirchen fast ausschließlich von hier weggehen wollten. Ihrer Meinung nach würden die 6.000€ Einnahmen im Jahr im Hinblick auf die Zukunft der jugendlichen Gemeinschaft in Erlbach wenig Bedeutung haben.

Von Herrn Stadtrat Gumprecht kommt die Frage, wie viel Platz der Sachsenforst für seine Räumlichkeiten bräuchte.

In jedem Falle soll die perspektivische Niederlassung einen Büroraum, einen Aufenthaltsraum und Toiletten bieten, so der Bürgermeister.

Die Hauptamtsleiterin, Frau Persigehl, fügt an, dass der Staatsbetrieb ja bereits schon länger Räumlichkeiten suche. Man habe mit den Damen und Herren vom Forst auch schon andere Objekte besichtigt, wie z.B. den Busbahnhof in Markneukirchen oder auch das Gemeindeamt in Erlbach. Da der Forst als öffentliche Einrichtung barrierefrei zugänglich sein müsse und zudem auch die brandschutztechnischen Bedingungen im Gemeindeamt nicht wie gefordert gegeben seien, käme diese Alternative nicht in Frage. Auch der Busbahnhof sei keine Option. Der Bürgermeister ergänzt, dass der Wunsch-Standort für den Forst schon bei Erlbach liege.

Herr B. Renz, ebenfalls als jugendlicher Vertreter anwesend, schlägt im Hinblick auf die der Stadt wegfallenden Mieteinnahmen bei Beibehaltung des Raumes für den Jugendbeirat, die unentgeltliche Mithilfe der jungen Frauen und Männer bei Veranstaltungen in der Musikhalle oder auch im Alten Schloss vor.

Frau Persigehl hinterfragt konkrete Vorstellungen der Jugendlichen und möchte von ihnen wissen, wofür sie den Raum so dringend benötigt werde und weshalb hierfür ausschließlich dieser Raum in Frage käme.

Vorwiegend solle dieser zur Vorbereitung von Projekten dienen, äußerte sich die Mehrheit der Anwesenden.

Geklärt werden müsse im Vorfeld jedoch auch noch, wer für die überwiegend Minderjährigen und die Räumlichkeiten im Objekt schließlich die Verantwortung übernehmen werde.

Stadtrat Worbs entgegnet, dass selbstverständlich der Ortschaftsrat und er als Ortsvorsteher von Erlbach die Verantwortung tragen werde.

Frau Stadträtin Wurlitzer äußert, dass sich der Jugendbeirat, lediglich an den Tourismusverein angegliedert habe, um die nächsten Veranstaltungen sichern zu können. Es gäbe den Jugendbeirat nun schon seit 10 Jahren und genauso auch den Treffpunkt im Alten Schloss. Es sei eine Tradition und man würde sich freuen, wenn dies für die nachkommende Generation ebenfalls so bestehen bleiben würde. Gleichzeitig fungiere die Übernahme von Verantwortung der Jugendlichen für die Räumlichkeiten gewissermaßen auch als Bildungsauftrag. Sie findet es außerdem nicht in Ordnung, den Jugendlichen das Gemeindeamt als alternative Lösung anbieten zu wollen, wenn der Forst dieses Objekt bereits mangels Fluchtweg ausgeschlagen habe. Auch der Bürgerraum sei einfach nicht das Gleiche wie der bisher zur Verfügung stehende Raum.

Stadtrat Worbs stimmt Frau Wurlitzer zu. Die hervorgebrachten Argumente hätten Gewicht und das Dorfleben bestehe aufgrund solcher Gemeinschaften fort.

Die Kämmerin bekennt ihre Hochachtung gegenüber allen, die heute so zahlreich für diese Sache erschienen seien. Wichtig sei es aber noch einmal zu erwähnen, wie viele Stunden die Verwaltung und die Stadträte wegen des Haushalts diskutiert und gerechnet haben. Es sei an jeder noch so kleinen Ecke etwas eingespart worden. In diesem Rahmen seien sich außerdem alle einig gewesen, dass man freiwillige Aufgaben künftig kürzen und notwendige Einsparmaßnahmen zuallererst dort ansetzen müsse. Das unentgeltliche zur Verfügung stellen eines Raumes für Jugendliche sei für die Stadt eine weitere freiwillige Aufgabe.

Für die Kämmerin sei es unverständlich, wie man 6.000€ Einnahmen jährlich als weniger bedeutend ansehen könne, wenn man im Haushalt bereits gezwungen sei Beträge i. H. v. zum Teil 800€ - 1.000€ streichen zu müssen. Man habe der Grundschule, welche wohlbemerkt eine Pflichtaufgabe der Verwaltung darstelle, einen Industriestaubsauger für den Werkunterricht i. H. v. 800€ streichen müssen oder aber nur einen statt zwei geplanten Klassensätzen an höhenverstellbarem Mobiliar gewährt. Auch die veranschlagten 8.000€ für die Reparatur des Daches am Lindleinsportplatz seien um 5.000€ gekürzt worden. Sie möchte zudem klarstellen, dass eine Auflösung des Jugendbeirats nie im Sinne der Stadtverwaltung gewesen sei. Auch für die Veränderung des Jugendbeirats und dessen Angliederung zum Tourismusverein habe seitens der Stadtverwaltung kein Zwang bestanden. Die Verwaltung sei lediglich an die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften gebunden und durch die Einführung des § 2b UStG hätte die Handhabung wie bisher nicht mehr funktioniert. Aus diesem Grund habe man die Angliederung lediglich als Alternative vorgeschlagen.

Herr M. Ilgmann, ebenfalls Bürger des Ortsteils und Unternehmer in einer Nachbarkommune, vertrete die Thematik aus Sicht eines Geschäftsführers. Überall werde händeringend Personal gesucht und wenn das Bestehen dieser Dorfgemeinschaft die Kinder und Jugendlichen dazu bewege, sich ihre berufliche und private Zukunft in der Heimat vorstellen zu können, sollte man dies fördern und in die Jugend investieren.

Für die nächste Sitzung des Stadtrates, am 30.03.2023, werde ein Beschluss zur endgültigen Entscheidung der künftigen Nutzung vorbereitet, beschließt der Bürgermeister.

TOP 4 Beschlussvorlage 11/2023

Kauf einer Fläche an der Adorfer Str. in Markneukirchen

Bei dem Flurstück 1029/1 gehe es um eine Fläche zur Erweiterung der Ausfahrt des Bauhofs an der Adorfer Straße. Ohne diese Fläche sei die Ausfahrt zu schmal. Es handele sich hierbei nicht um rückständigen Grunderwerb.

Beschluss Nr. 17/2023:
Der Stadtrat beschließt

**das Flurstück Nr. 1029/1 in der Größe von 18 m²
der Gemarkung Markneukirchen
zum Preis von 630,00€**

aus Privathand

zu kaufen.

Abstimmung zum Beschluss Nr. 17/2023:

ja: 16

nein: 1

Enth.: 0

TOP 5 Beschlussvorlage 12/2023

Reihengaragen „Mühlgasse“ in Markneukirchen

Im Zuge der durch Bundesgesetz notwendig gewordenen Änderungen der Eigentumsverhältnisse der Garagen sei man als Stadt gern bereit gewesen, die Garagen an die bisherigen Nutzer zu verkaufen, wenn sich entsprechende Gemeinschaften zum Kauf zusammenfinden.

Für die Reihengaragen „Mühlgasse“ habe sich eine solche Gemeinschaft zusammengefunden und am 03.05.2022 erstmalig Antrag auf Kauf der Garagen gestellt. Der Antrag sei kürzlich aktualisiert worden und die Kaufinteressenten wären auch zur Zahlung höherer Kosten bereit. Allerdings würde die Verwaltung dem Stadtrat empfehlen die Garagen mit dem Grund und Boden nicht zu verkaufen. Hintergrund sei, dass man das betreffende Flurstück bei einem möglichen Ausbau der Breiten Straße und der eventuellen Erweiterung auf zwei Fahrspuren benötigen würde.

Stadtrat Gumprecht schlägt vor, die Mietverträge länger für die Garagenmieter zu sichern, z. B. durch längere Kündigungsfristen.

Ilde erklärt, dass sich die Mietverträge automatisch verlängern würden und eine längere Kündigungsfrist dann auch für beide Seiten greifen müsse. Außerdem gäbe es ohne anderweitige Entscheidung des Stadtrates auch keinen Grund, die Garagenmiete aufzukündigen.

Beschluss Nr. 18/2023:

Der Stadtrat beschließt

**den Kaufantrag der Reihengarage „Mühlgasse“,
Teilfläche des Flurstücks 2903 der Gemarkung Markneukirchen**

abzulehnen.

Die Garagen befinden sich im Bereich eines evtl. später möglichen Straßenausbaues der Breiten Straße.

Abstimmung zum Beschluss Nr. 18/2023:

ja: 14

nein: 0

Enth.: 3

TOP 6 Beschlussvorlage 14/2023

Reihengaragen „Schützenplatz“ in Markneukirchen

Herr Stadtrat Tobias Luderer nimmt aufgrund von Befangenheit nicht an der Diskussion und Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 6 teil.

Auch im Tagesordnungspunkt 6 gehe es um den Kaufantrag von Garagen, diesmal jedoch am Schützenplatz in Markneukirchen. Die Nutzer hätten erstmalig am 25.04.2022 einen Antrag auf Kauf gestellt. Damals hätten jedoch noch einige Voraussetzungen durch die Kaufwilligen gefehlt. Diese würden laut Herrn Ihde nun aber vorliegen.

Es werde ein gegenseitiges Geh- und Fahrrecht zur Bewirtschaftung des südlichen Flurstückes für die Stadt und der Anbindung an den Schützenplatz für die Garagennutzer vereinbart.

Der Verwaltungsausschuss habe den Verkauf einstimmig befürwortet.

Beschluss Nr. 19/2023:

Der Stadtrat beschließt,

**das mit 43 Reihengaragen bebaute Flurstück Nr. 596/9
mit 1.906 m² der Gemarkung Markneukirchen**

zum Preis von 46.000,00€

an die Garagennutzer

zu verkaufen.

Die Garagennutzer werden zur dauerhaften Nutzung des Grundstücks für Reihengaragen verpflichtet.

Abstimmung zum Beschluss Nr. 19/2023:

ja: 16 nein: 0 Enth.: 0

TOP 7 Beschlussvorlage 15/2023

Vergabe von Bauleistungen nach VOB/A

Technischer Teil Straßenbeleuchtung Leithen 2. BA (Poststraße bis Untere Trobitzchen

Im Zuge des grundhaften Ausbaus der Leithen werde die Straßenbeleuchtung erneuert. Da die Mitnetz Strom mbH nun auf Erdverkabelung umrüste, werde eine Neuerrichtung der Straßenbeleuchtung notwendig. Im diesjährigen 2. Bauabschnitt sollen 4 neue Leuchten errichtet werden. Hierfür seien Kosten i. H. v. 10.000€ veranschlagt worden. Man würde mit dem wirtschaftlich günstigsten Angebot der Firma Elektro Seifert GmbH also 850,22€ über der Kostenplanung liegen.

Beschluss Nr. 20/2023:

Der Stadtrat der Stadt Markneukirchen beschließt, den Auftrag, Technischer Teil Straßenbeleuchtung Leithen 2. BA zwischen Poststraße und Unterer Trobitzchen, der Elektro Seifert

GmbH, Breite Straße 28 in 08258 Markneukirchen zu einer Bruttogebotssumme von 10.850,22 € zu erteilen.

Abstimmung zum Beschluss Nr. 20/2023:

ja: 17 nein: 0 Enth.: 0

TOP 8 Beschlussvorlage 16/2023

Vergabe von Lieferleistungen nach VOL/A
Lieferung und Installation Server Rathaus

Der Server des Rathauses sei aufgrund auslaufender Sicherheitsupdates zu erneuern, so der Bürgermeister. Eine Verlängerung sei nicht mehr möglich, da es keine weiteren Sicherheitsupdates mehr geben werde. Man sei bereits dabei, den Mailserver auszulagern und auf eine cloudbasierte Variante umzustellen, sodass der auch veraltete Exchange-Server nicht erneuert werden müsse. Für den cloudbasierten Mailservice fallen ca. 86€ für die Nutzung der Mailaccounts im Monat an. Auch wenn der Bürgermeister gern mehr ausgelagert hätte, seien die Möglichkeiten begrenzt und man benötige weiterhin einen lokalen Server im Haus. Die Auslagerung aller Dienste sei nicht möglich. Im Haushalt habe man EUR 40.000 für den neuen Server eingeplant.

Aufgrund der erwarteten Auftragssumme sei eine freihändige Vergabe möglich gewesen. Drei Unternehmen seien zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert worden. Von drei eingereichten Angeboten sei das wirtschaftlich günstigste von der Firma Vocus Computer- und Softwaresysteme GmbH gewesen, weshalb die Vergabe an dieses Unternehmen empfohlen werde.

Beschluss Nr. 21/2023:

Der Stadtrat der Stadt Markneukirchen beschließt, den Auftrag im Rahmen des Vorhabens Lieferung und Installation Server Rathaus der Firma Vocus Computer- und Softwaresysteme GmbH, Wiesenstraße 14, 08258 Markneukirchen zu einer Bruttogebotssumme von 40.045,49 EUR zu erteilen.

Abstimmung zum Beschluss Nr. 21/2023:

ja: 15 nein: 0 Enth.: 2

TOP 9 Haushalt 2023 – 2. Lesung und Entscheidung zur öffentlichen Auslegung

Der Bürgermeister leitet die 2. Lesung des Haushaltes 2023 damit ein, dass dieser die Stadtverwaltung vor eine große Herausforderung gestellt habe.

Aufgrund der massiv gestiegenen Kosten, egal ob Personalaufwendungen oder Aufwendungen für Energie oder Instandhaltungs- bzw. Baumaßnahmen, sei der diesjährig zu beschließende Haushalt ein „harter Brocken“.

Auch die Planung sei ganz und gar nicht einfach gewesen, so der Bürgermeister. Die noch fehlenden Tarifabschlüsse oder Unklarheiten über die Entwicklung der Energiepreise, hätten es der Verwaltung sehr schwer gemacht.

Er bedankt sich deshalb bei der Verwaltung und besonders bei Frau Geuther, dass diese große Aufgabe gemeistert wurde. Er übergibt das Wort an die Kämmerin.

Frau Geuther gibt kurze Anhaltspunkte zur Ausgangslage wieder. Demnach habe man im Gesamtergebnis einen Fehlbetrag von 3,1 Mio. € zu verzeichnen gehabt. Davon habe man einen Teil mit dem Altvermögen verrechnen können, sodass letztlich noch ein Fehlbetrag i. H. v. 1,8 Mio. € bestehen bliebe.

Im Ergebnishaushalt könne man 2023 eine 6%ige Steigerung der ordentlichen Erträge gegenüber dem Vorjahr verzeichnen, das seien insgesamt 824.319€. Hierunter fallen u.a. die Mehrerträge i. H. v. 80.000€ bei Steuern und Abgaben, 751.766€ bei den Zuweisungen und Umlagen und die Erhöhung der allg. Schlüsselzuweisung um 312.400€.

Der Ertragsseite stehen jedoch auch die Aufwendungen gegenüber, die insgesamt um 12% gegenüber dem Vorjahr steigen würden. 2023 rechne man mit Mehraufwendungen von insgesamt 1.865.252€, erklärt die Kämmerin.

Ursache für diese Steigerung seien Mehraufwendungen in den Bereichen Personal i. H. v. 202.889€ (aufgrund der Tarifangleichung) und Sach- und Dienstleistungsaufwendungen (gesamt 823.407€ - entspricht einem Mehr von 28%).

Begründet werden können die hohen Sach- und Dienstleistungsaufwendungen mit einem Plus von 499.000€ bei Instandhaltungsaufwendungen, einer 51%igen Steigerung der Heizkosten und einer 23%igen und 54%igen Steigerung der Energie- und Unterhaltungskosten. Außerdem sei für dieses Jahr die Schaffung einer Stelle des Energiemanagers geplant, die nicht nur mehr Personal-, sondern auch Sachaufwendungen aufgrund der Anschaffung spezieller Messgeräte und Software fordere. Die Kosten für den Energiemanager teile man sich hälftig mit der Stadtverwaltung Schöneck. Außerdem erhalte man für die Stelle eine Förderung i. H. v. 70%.

Da der Energiemanager aber bei der Stadt Markneukirchen angestellt sei und man im Moment noch nicht wisse, wann die Auszahlung der Fördermittel konkret erfolge, plane man erst einmal alle Kosten in voller Höhe im Haushalt ein.

Aber nicht nur die Personal- und Sachaufwendungen, sondern auch die Aufwendungen für die Beschäftigten würden steigen (+102%). Unter anderem sei hierfür die geplante Beschaffung von Bekleidung und Helmen der Freiwilligen Feuerwehr i. H. v. 55 T€ ursächlich. Hierfür habe man einen Fördermittelantrag gestellt, bei dem man sich eine Förderung von 50% erhoffe. Sollte die Stadtverwaltung keine positive Bescheidung von der Fördermittelstelle erhalten, werde man die Ersatzbeschaffung im Haushalt 2023 streichen. Allerdings handele es sich dann lediglich um eine Verschiebung der Maßnahme, da die Helme 2024 unbedingt und auch ohne Fördermittel ersetzt werden müssten, so die Kämmerin.

Ansonsten seien die Zinsen um 77.000€ gestiegen, wobei Frau Geuther mittlerweile aber schon alle Darlehensverträge von variablem Zins auf Festzins umgestellt habe.

Der Zuschuss an die Musikhalle erhöhe sich um 24.000 €, weil die Musikhallen GmbH ab April 2023 zusätzlich das Alte Schloss bewirtschafte. Hierfür zahle die Musikhalle jedoch jährliche Pacht an die Stadtverwaltung (eingepplant seien dieses Jahr 15 T€).

Auch der Zuschuss an das Sozialwerk für die Kitas in Markneukirchen steige um 371.962€, da diese natürlich ebenfalls mit den laufenden Kosten zu kämpfen haben.

Schließlich erhalten auch die Freilichtmuseen Landwüst/Eubabrunn eine Erhöhung des Zuschusses von 22.500 €.

Des Weiteren steige auch die Kreisumlage um 4%, obwohl der Umlagesatz von 34,64 % auf 33% gesenkt worden sei.

Die Kämmerin erklärt, welche Änderungen sich nach mehreren Beratungen für den Ergebnishaushalt ergeben haben.

Die Grundsteuer B werde um 10 T€ angehoben, die Gewerbesteuer brutto um 200 T€. Als Orientierung habe das Aufkommen in den Vorjahren gedient. Die Erhöhung der Gewerbesteuer gehe immer einher mit Mehraufwendungen bei der Gewerbesteuerumlage, die mit 17 T€ kalkuliert werden.

Im Haushalt sei auch die Eventualität von Fördermitteln für die Bekleidung der Feuerwehr mit 27,5 T€ eingearbeitet worden.

Die Erhöhung des Zuschusses für den WSV um 2 T€ entfalle, da dieser laut dem Wintersportverein nicht benötigt werde.

Einsparungen werden auch beim Gymnasium vorgenommen. Konkret habe man in Summe 28,6 T€ gekürzt und sich an den Aufwendungen der Vorjahre orientiert.

Auch der Zuschuss der Kitas sei um 65 T€ zurückgefahren worden, da sich die Landesmittel pro Kind erhöht hätten.

Für die Dachdeckung am Vereinsheim Lindleinsportplatz habe man von ursprünglich geplanten 8 T€ noch 5 T€ weggekürzt, sodass im Haushalt nur noch 3 T€ veranschlagt seien.

Der Abriss der alten Garagen auf dem Bauhofgelände verschiebe sich ins Haushaltsjahr 2024, weil auch dann erst die neue Halle fertiggestellt werde. Hierdurch erreiche man eine Einsparung von 5 T€.

Außerdem sei der geplante Ausbau zweier Wohnungen im Ärztehaus Erlbach gestrichen worden. Der Ausbau des Gebäudes hätte insgesamt ca. 130 T€ gekostet, wovon 70 T€ für den Wohnungsausbau geplant gewesen seien. Die Stadtverwaltung strebe eher den Verkauf des Gebäudes an, da zum Jahresende auch die Zahnarztpraxis, die sich momentan noch im Objekt befinde, umziehen werde.

Es erfolge eine Ersparnis von 70 T€.

Weiterhin werden Mittel für die Instandhaltung von Gehwegen als Eigenmittel für die Instandhaltung von Straßen umgeschichtet. Von insgesamt 94 T€ an geplanten Mitteln, werden durch die Umschichtung 50 T€ eingespart.

Darüber hinaus zeigt die Kämmerin die sich ergebenden Änderungen im Finanzhaushalt auf.

Für die Planung der energetischen Sanierung im Gymnasium kürze man 20 T€.

Der Neubau der Bauhofhalle werde in 2 Jahresscheiben aufgeteilt. Die Bodenplatte werde noch dieses Jahr fertiggestellt, wobei die Halle erst 2024 errichtet werde. So spare man dieses Jahr 240 T€ ein. Für die Maßnahme gäbe es keine Fördermittel und der Einsatz von investiven Schlüsselzuweisungen sei, laut Kämmerin, auch nicht möglich.

Für den Bauhof sollte ein neuer Multicar angeschafft werden, der bereits 2022 geplant gewesen sei, aber nicht ausgeliefert werden konnte. Aus diesem Grund, seien die Mittel nach 2023 geschoben worden. Die Beschaffung eines zweiten Multicars, der für das Jahr 2023 vorgesehen gewesen sei, werde vorerst gestrichen.

Ebenfalls aus dem Plan genommen sei der Kauf einer Hobel-Abriete für den Bauhof i. H. v. 2,3 T€, die Anschaffung eines Industriestaubsaugers für die Grundschule i. H. v. 800€ und einer von 2 Klassensätzen für höhenverstellbares Mobiliar in der Grundschule (Einsparung: 5,5 T€).

Die Mittel für den Ankauf von Flächen für die Erweiterung des Gewerbegebietes werden um 45 T€ reduziert. Somit würden lediglich noch 5 T€ bestehen bleiben.

Seitens der Kämmerin seien im Zuge der Haushaltsdiskussionen mehrere Vorschläge zum Einsparen von Kosten unterbreitet worden.

Frau Geuther habe empfohlen, den Ankauf der Flächen für einen Eigenheimstandort nicht zu tätigen. Hintergrund seien die gestiegenen Baukosten i. V. m. höheren Finanzierungskosten durch gestiegene Zinsen. Sie befürchte, dass die Attraktivität zu bauen unter diesen Umständen in naher Zeit nachlassen könnte und die Nachfrage an solchen Baugrundstücken rückläufig werde.

Die Mitglieder des Stadtrates seien hierbei anderer Meinung gewesen.

Weiterhin habe sie vorgeschlagen, die Ausgaben zur Umsetzung der Tourismusstrategie und die Neugestaltung der Freifläche am Bereich Musikschule zu streichen. Seitens des Stadtrates habe man die Ansicht vertreten, dass die Maßnahmen mit einer hohen Förderquote im Plan verbleiben sollten.

Die durch Stadträte vorgeschlagene Tilgungsaussetzung für mehr Liquidität sei für Frau Geuther nur eine Lösung im laufenden Jahr. Durch die Aussetzung der Tilgung verschiebe man sein Liquiditätsproblem ihres Erachtens nach nur in die Zukunft.

Problem sei dieses Jahr nicht mehr nur der Ergebnishaushalt, obwohl dieser in jedem Jahr bis 2026 einen Fehlbetrag ausweise, so die Kämmerin. Normalerweise sollte die Stadt einen Überschuss in Höhe der ordentlichen Tilgung erwirtschaften. Es seien aber momentan noch ausreichend Rücklagen für den Ausgleich des Ergebnisses vorhanden.

Viel mehr ins Gewicht falle, dass der Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit bis ins Jahr 2025 negativ sei und die liquiden Mittel bis zum Jahr 2026 auf insgesamt 82 T€ schmelzen würden.

2023 liege der Bedarf an Zahlungsmitteln bei 3.095.668€. Der Anfangsbestand an liquiden Mitteln zum 01.01.2023 liege bei 5.065.141 € und verringere sich im diesjährigen Haushaltsjahr um 3.095.668 € auf einen Endbestand von 1.969.473 €.

Der Bedarf an Zahlungsmitteln sehe für die kommenden Jahre wie folgt aus:

- 2024: - 1.129.907 €
- 2025: - 608.893 €
- 2026: - 148.510 €

Somit würden am Ende des Haushaltsjahres 2026 Stand jetzt 82.163€ an Liquidität verbleiben.

Laut der Kämmerin bestehe dringender Handlungsbedarf was das Thema einer dauerhaften Liquiditätssteigerung angehe. Finde man hierfür keine Lösungen, werde uns seitens der Kommunalaufsicht die Haushaltskonsolidierung auferlegt.

Aus diesem Grund werde man sich dieses Jahr zusammen hinsetzen und alle Haushaltspositionen untersuchen müssen, um Einsparpotenziale aufzudecken und Möglichkeiten ergreifen zu können, die Einnahmen zu erhöhen.

Diese Maßnahmen seien notwendig, denn die laufenden Aufwendungen an Unterhaltungen (Strom-, Heiz- und Wartungskosten), Abschreibungen für neues Anlagevermögen, Personalaufwendungen, Zuschüsse an Kitas, Musikhalle, Museen u. a. freiwillige Aufgaben werden immer weiter steigen. Im gleichen Zuge mindern sich jedoch die Fördermittelquoten, sodass die Stadt künftig mit mehr Eigenmitteln zu rechnen habe.

Kredite können eben nur für die Maßnahmen des Finanzhaushaltes aufgenommen werden und nicht, um den Ergebnishaushalt zu finanzieren.

Aber auch Kredite seien nicht umsonst und bedeuten zusätzliche Kosten für anfallende Zinsen, erklärt die Kämmerin.

Für das Jahr 2023 seien folgende Vorhaben geplant:

Tilgung	493.000€
→ damit sinke der Schuldenstand auf 3,7 Mio. €; entspreche 513€/Einwohner (Stand 30.06.2022: 7235 Einwohner)	
Ausgaben Straßenbau	386.000€
→ Leithen 2. BA	
→ Planung Bozener Weg, Siedlung Platten	
Anschaffungen Bauhof	271.000€
→ Fahrzeuge, neue Halle-Baubeginn	
Feuerwehr	300.250€
→ TLF, Abschlagszahlung	
→ Planung Gerätehaus Erlbach	
Liegenschaften	829.100€
→ Restleistungen Altes Schloss	
→ Flächenankauf	
→ Giebelsanierung Str. d. Friedens 15	
→ Leichenhalle Erlbach	
→ Kita + Bürgerraum Landwüst (Restleistungen)	
außerdem	329.000€
→ Energetische Sanierung Gymnasium	
→ Umsetzung Tourismusstrategie	
→ Anschaffung Drehkreuz im Schwimmbad	
→ Neugestaltung Freifläche an der Musikschule	
→ SEW-Anteile Schwarzbachstraße	
→ Anschaffung IT-Technik für die Verwaltung	

Der Eigenmittelanteil aller Investitionen, einschl. Tilgung betrage 67%, weshalb auch der hohe Bedarf an liquiden Mitteln bestehe.

Kreditaufnahmen seien dieses Jahr keine geplant.

Des Weiteren seien Instandhaltungen i. H. v. 662.900€ geplant. Hierunter fallen z.B.:

- Sanierung Westflügel Museum
- Instandsetzung Teilfläche Schulhof Gymnasium
- Arbeiten im Gebäude Rathaus (u.a. Serverraum, neues Garagentor, Vorrichtungen v. Büroräumen)
- Elektroneuerung im Gebäude „Einkehrschwung“
- Instandhaltung von Straßen und Gehwegen

Die Kämmerin stellt abschließend den Ausblick in die Jahre 2024 bis 2026 vor. In allen Jahren sei mit einer jährlichen Tilgung geplant worden.

Bezüglich des Straßenbaus seien der Ausbau des Bozener Weges vorgesehen, die Siedlung Postberg und der Ausbau der Johann-Sebastian-Bach-Str. in zwei Bauabschnitten.

Außerdem stehe der 2. Teilbetrag für die Anschaffung des Tanklöschfahrzeuges TLF4000 an und der Aufbau der Fahrzeughalle für den Bauhof, der Bau eines Carports und die Anschaffung von Fahrzeugen.

Des Weiteren würden SEW-Anteile in Folge von Straßenbaumaßnahmen und weitere Ankäufe von Flächen aus dem rückständigen Grunderwerb hinzukommen.

Der Entwurf des Haushaltes werde ab dem 06.03.2023 bis einschließlich 14.03.2023 öffentlich ausliegen. Einwendungen gegen den Planentwurf können vom 06.03.2023 bis einschließlich 23.03.2023 vorgebracht werden.

Der Beschluss der Haushaltssatzung und des Haushaltplanes solle in der Sitzung des Stadtrates am 30.03.2023 gefasst werden.

Der Bürgermeister bedankt sich bei Frau Geuther für ihre ausführliche Darlegung der Haushaltssituation und ist der Meinung, dass die Aufstellung des Haushaltes nie eine einfache Angelegenheit sei. Dennoch haben die vielen unklaren Positionen (z.B. Aufwendungen für Energie und Personal) im vergangenen und diesem Jahr die Verwaltung vor eine große Herausforderung gestellt. Er erwähnt auch die Problematik der Fördermittel, denn auch für den Straßenbau werden die Förderungen in kommender Zeit immer weniger werden.

Stadtrat Gumprecht dankt der Verwaltung für ihre Arbeit, insbesondere der Kämmerin. Irgendwann werde es in schwierigen Zeiten, wie wir sie gerade erleben, notwendig sein, unliebsame und schmerzhafte Entscheidungen treffen zu müssen. Es sei ganz normal, dass man versuche diese so weit wie möglich hinauszuschieben.

Jedoch sei es im Sinne aller, die Stadt auf einem gesunden finanziellen Fundament sehen zu wollen. Die Schulden pro Einwohner würden ja schon gar nicht so schlecht aussehen, wie man vielleicht gedacht hätte, so Gumprecht.

Man müsse sich auch vor Augen halten, dass man sich externe Einrichtungen wie z.B. den städtischen Bauhof oder Museen leiste, was andere Kommunen zum Teil völlig ausgliedern würden.

Besorgniserregend sei für ihn die Eigenmittelquote von 67% in diesem Jahr. In den Jahren zuvor sei die Quote von Fördermitteln und Eigenmitteln umgekehrt gewesen und die Fördermittel hätten bei 67% gelegen.

Diese Umkehrung sei für alle Kommunen zunehmend belastend.

Stadtrat Stowasser führt aus Sicht der CDU aus, dass man 2023 ein strukturelles Problem habe, nämlich dass die Einnahmen zwar um 6% gesteigert werden, die Aufwendungen aber noch mehr und zwar um 12%. Man müsse in Zukunft mit allen Mitteln versuchen, den Ergebnishaushalt in den Griff zu bekommen. Klar sei auch, dass man unter Beachtung der Leistungsfähigkeit der Abgabepflichtigen die Einnahmen nicht ins Unermessliche hochtreiben könne. Man müsse sich aber definitiv hinsetzen und alle Ausgaben unter die Lupe nehmen. Pflichtaufgaben müssen erledigt, freiwillige Aufgaben unter dem Gesichtspunkt gekürzt werden.

Der nun im Raum stehende Fehlbetrag des Gesamtergebnisses i. H. v. rund 1,6 Mio. € könne nicht komplett von Rücklagen aufgefangen werden.

Für 2024 befürworte die CDU die Haushaltskonsolidierung. Bei der Abstimmung zum jetzigen Haushalt werde man sich als Fraktion enthalten, da man mit den veranschlagten Zahlen und für die CDU ungenügenden Sparmaßnahmen nicht guten Gewissens mitgehen könne, erklärt Stowasser.

Man habe in den nichtöffentlichen Sitzungen dazu aufgerufen, weitere Kürzungen und Einsparungen im Haushalt vorzunehmen, was jedoch nicht in ausreichendem Umfang geschehen sei.

Stadtrat Worbs könne mit den Aussagen der CDU nicht ganz mitgehen, denn sowohl im Verwaltungsausschuss, als auch in den letzten Sitzungen des Stadtrates sei man den auferlegten „Hausaufgaben“ nachgekommen und durch die Freien Wähler seien Kürzungen vorgeschlagen worden. Er wundere sich, dass seitens der CDU hierzu so nichts vorgestellt worden sei.

Marcus Stowasser entgegnet, dass die Einsparungsvorschläge lediglich den Finanzhaushalt entlastet hätten, nicht aber den Ergebnishaushalt. In vergangenen Sitzungen habe man den Ball für weitere Kürzungsvorschläge der Verwaltung zuspiesen wollen, die diesen jedoch mit dem Argument zurückgespielt habe, dass derartige Entscheidungen kommunalpolitischer Art seien und somit Aufgabe des Gremiums.

Stadtrat Jacob fügt an, dass es eine wirklich schwierige Aufgabe sei, den Ergebnishaushalt irgendwie mehr zu entlasten, da die laufenden Geschäfte einfach immer teurer werden.

Der Haushalt sei in diesem Jahr zwar zu schlucken, aber seitens der CDU nicht akzeptabel.

Der Bürgermeister erklärt, dass man dieses Jahr bereits in die interne Konsolidierung gehen werde. Ziel sei es, alle Leistungen genauestens unter die Lupe zu nehmen und ggf. Aufträge neu zu vergeben.

Er stimmt der CDU in dem Punkt zu, dass der Ergebnishaushalt problematisch sei.

Es gäbe jedoch bereits eine Liste, in der einige Punkte mit Optimierungsmöglichkeiten aufgeführt seien, die es in diesem Jahr noch zu komplettieren gilt.

Stadtrat Männel ist der Meinung, dass man schon im Vorfeld sehr viel um und über den Haushalt 2023 diskutiert habe und klar sei, dass nicht alle 19 Stadtratsmitglieder immer einer Meinung sein werden.

Aber nun sei es wichtig, den Haushalt auf den Weg zu bringen. Die komplette Enthaltung der CDU sei für ihn nicht die richtige Reaktion. Die FDP werde den Haushalt mittragen.

Stadtrat Fuchs stimmt Stadtrat Männel zu. Es gäbe leider keine Universallösung und es seien im Laufe der Haushaltsverhandlungen trotzdem einige Sachen bewegt worden.

TOP 10 Informationen/Sonstiges

Der Bürgermeister informiert über Folgendes:

- Aktuelles zum Baugeschehen:

Altes Schloss Erlbach

Heute sei die Abnahme durch den Brandschutzprüfer erfolgt.

Die Malerarbeiten werden Anfang nächster Woche beendet.

Die Parkettlackierung sei abgeschlossen, so dass nächste Woche der Saal bestuhlt werden könne.

Weiterhin werde in der kommenden Woche der Tresen im Saal aufgebaut.

Generell würden Reinigungsarbeiten und letzte Handgriffe der verschiedensten Gewerke stattfinden, um das Gebäude bis zur Eröffnung komplettieren zu können.

Neubau Kita und Bürgerraum in Landwüst

Die Dachdämmung im Bereich des neuen Anbaus sei erfolgt.

Diese Woche würden Ertüchtigungsarbeiten der Bodenplatte stattfinden - Löcher zubetonieren, konstruktive Bewehrung einlegen und im Altbau verankern, die Abdichtungsarbeiten der Bodenplatte werden komplettiert.

Die Elektrogrundinstallation an den Außenwänden werde begonnen.

Bei wärmeren Temperaturen können Ende März die Innenputzarbeiten starten.

Die Ausschreibungen für die nächsten Lose seien bereits versendet worden.

Grundhafter Ausbau der Leithen

Ab dem 20.03.2023 erfolge eine Vollsperrung zwischen Kirchsteig und Poststraße.

Begonnen werde mit der Erneuerung des Mischwasserkanals am Gerber-Hans-Haus.

Im Anschluss folge die Erneuerung fast aller unterirdischen Ver- und Entsorgungsleitungen.

Beteiligt seien:

- Mitnetz Strom
- ZWAV
- Telekom
- Vodafone und
- Inetz

Das geplante Bauende solle Anfang Oktober 2023 erreicht werden.

- Sponsoring der eins energie in Sachsen für den Int. Instrumentalwettbewerb:
Der Bürgermeister informiert, dass die Eins Energie in Sachsen den Int. Instrumentalwettbewerb mit einem Sponsoring i. H. v. 595,00€ brutto unterstütze.
- Neuer Aufsichtsrat in der Musikhalle:
Es sei ein neuer Aufsichtsrat für die Musikhalle Markneukirchen Betriebs- und Service GmbH gewählt worden. Aufsichtsratsvorsitzende sei nun Frau Luise Wurlitzer. Der Bürgermeister gratuliert.
- LED-Umrüstung:
Im Gymnasium seien bereits ca. 500 Röhren im Zuge der LED-Umrüstung in den Klassenzimmern getauscht worden.
- Interkommunale Zusammenarbeit:
Der Bürgermeister erwähnt das Treffen im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit am 01. März 2023 in der Musikhalle.
Er findet es schade, dass lediglich der Fraktionsvorsitzende der CDU, Stadtrat Marcus Stowasser, seiner Einladung nachgekommen sei, da das Thema interkommunale Zusammenarbeit in Zukunft immer wichtiger für die Stadt werde.
- Eröffnung Altes Schloss:
Am 17.03.2023 sei es soweit – das Alte Schloss werde nach seiner umfassenden Sanierung eröffnet. Sogar der Staatsminister für Regionalentwicklung, Herr Schmidt, habe seine Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung bestätigt.

- Vorschlagslisten für Schöffen:
Es werden wieder Schöffen gesucht. Vorschlagslisten könnten sehr gern abgegeben werden. Der Aufruf solle aber auch noch im Amtsblatt und der auf der Homepage veröffentlicht werden.
- Treffen der Stadträte von Luby und Markneukirchen in Luby:
Im April oder Mai 2023 soll ein Treffen stattfinden. Der Bürgermeister von Luby wird rechtzeitig einladen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 19:22 Uhr

T. Meinel
Bürgermeister

Protokoll ausgefertigt: C. Streit

L. Wurlitzer
(Fraktion FW)

M. Stark
(Fraktion AfD)